



Stellungnahme des HLV Thüringen zum Schiedsstellenspruch zur Hebammenvergütung

Für die Hebammen ist die Verhandlung der Schiedsstelle mit einem enttäuschenden Resultat zu Ende gegangen. Die von den Krankenkassen als Erfolg deklarierte 'Erhöhung der Hebammenvergütung' für Geburten mit freiberuflichen Hebammen ist nur geringfügig bzw. für die Beleghebammen bedeutet sie sogar einen Einkommensverlust im Vergleich zu den Gebühren, die die Kolleginnen seit 1.1.2010 abrechnen konnten.

Der Vorschlag der Schiedsstelle sieht eine Anhebung der Vergütung für außerklinische Geburten um 100 Euro und der Vergütung für klinische Geburten um 8 Euro pro Geburt vor. Dieser Betrag bezieht sich aber auf den Stand vom **31.12.2009** und gilt bereits mit Wirkung vom 1.7.2010.

Dass der Schiedsstellenspruch, als Ergebnis der Nachverhandlung, mit dem vorliegenden Wissen um die existenzbedrohende Erhöhung der Haftpflichtprämie letztlich nur minimale Steigerungen vorsieht, ist nicht nachvollziehbar. Er zeigt jedoch deutlich, dass die Politik sich nicht aus der Verantwortung stehlen und die Sicherstellung der geburtshilflichen Angebote auf die Krankenkassen abwälzen kann, da sich die Schiedsstelle in ihrem Spruch auf dem Grundsatz der Beitragsstabilität bezieht. Gelöst kann dieses Dilemma demnach nur durch eine gesetzliche Klarstellung und dies ist nun mal Sache der Politik.

Der von der Schiedsstelle erhobene Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit, da freiberufliche Hebammen nur eine begrenzte Anzahl an Geburten pro Jahr betreuen -in Thüringen ca. 30 Geburten/ Hebamme - zeigt, wie wenig verstanden wird, dass eine hohe Betreuungsqualität eng an eine hohe Betreuungsintensität gekoppelt ist und dadurch sich folglich die Anzahl der Geburten begrenzt. Hebammenhilfe ist viel mehr als nur Geburtshilfe.

Deutliche Signale zur Verbesserung der Situation der Hebammen kamen von Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Gesundheitsministerkonferenz am 1. Juli in Hannover. Die Gesundheitsministerin Thüringens, Frau Taubert, suchte das Gespräch mit den Teilnehmerinnen einer Auftaktmahnwache der Hebammen vor dem Hotel, wo die Gesundheitsministerkonferenz stattfand. Sie hatten die Problematik der Hebammen auf ihrer Tagesordnung und waren dabei, konkrete Lösungsvorschläge an die Bundesregierung zu erarbeiten.

Jetzt ist die Politik gefragt, ihrem Bekenntnis sich für den Erhalt der Wahlfreiheit des Geburtsortes einzusetzen, quer durch alle Fraktionen, Lösungen folgen zu lassen.

Wir werden über den Sommer in allen Bundesländern immer am Donnerstag sechzehn Wochen lang Mahnwachen zur dramatischen Lage der Hebammen und zum drohenden Versorgungsnotstand veranstalten. Am 26.08. werden die Thüringer Hebammen auf dem Erfurter Anger stehen.

Weitere Informationen:

Elke Pirrhs, Vorsitzende Hebammenlandesverband Thüringen e.V.,

Tel.: 036450 44770

E-Mail: pirrhs@hebammenlandesverband-thueringen.de